

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Ulla Lötzer, Kornelia Möller, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Fördermittel Aufbau Ost in voller Höhe beibehalten – Geplante Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe von 100 Mio. Euro zurücknehmen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD betonen in ihrem Antrag auf Bundestagsdrucksache 16/5607 zu Recht die wirtschaftlichen und arbeitsplatzschaffenden Erfolge der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. So heißt es dort: Es konnten seit „1991 durch die GA-Förderung Investitionen in Höhe von rund 197 Mrd. Euro angestoßen und über 979 000 zusätzliche Dauerarbeitsplätze in Deutschland geschaffen sowie rund 1,5 Millionen gesichert werden.“

Wer über die Bedeutung und Erfolge der Gemeinschaftsaufgabe spricht, darf nicht verschweigen, dass die Gemeinschaftsaufgabe 2008 gegenüber 2006 um 100 Mio. Euro gekürzt und damit massiv abgebaut werden soll. Lobende Worte für die Gemeinschaftsaufgabe reichen nicht aus, stattdessen muss die geplante Kürzung der Mittel verhindert werden. Insbesondere die neuen Bundesländer wären von dieser Kürzung betroffen, da sie einen Anteil von 6/7 der GA-Mittel erhalten.

Die Gemeinschaftsaufgabe ist deshalb im Jahr 2008 mit Mitteln in Höhe von 694,076 Mio. Euro zu finanzieren.

Berlin, den 8. November 2007

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### **Begründung**

Seit Jahren wird die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gekürzt. 1993 betrug ihr Etat noch 2,1 Mrd. Euro.

Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe für das Jahr 2008 sind in der Höhe von 694 Mio. Euro aus dem Jahr 2006 beizubehalten, wenn die Bundesregierung die Feststellungen aus ihrem Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2007 ernst nimmt, wonach

- trotz des 3-prozentigen Wachstums die ostdeutsche Wirtschaft noch immer unter strukturellen Schwächen leidet und die Abwanderung weiterhin hoch bleibt,
- die Förderpolitik einen wichtigen Anteil am Wirtschaftswachstum des letzten Jahres hatte,
- die ostdeutschen Länder weiterhin auf eine Wirtschaftshilfe angewiesen sind, um den Aufholprozess in einem überschaubaren Zeitraum zu verwirklichen.